



VW legt in der dritten Verhandlung ein Angebot vor:

Das Angebot ist unzureichend

In der 3. Tarifverhandlung am 17. September in Braunschweig legte VW ein Angebot vor, das die Verhandlungskommission der IG Metall zurückwies und mit „unzureichend“ bewertete. Jetzt kommt es darauf an: Entweder gibt es am 28. September den Durchbruch, oder die IG Metall ruft zu Warnstreiks auf.

VW machte ein Angebotspaket: Zunächst ging es um die Entgelterhöhungen ab dem 1. August 2009. Das

Angebot sieht eine Erhöhung von zweimal 2,1 Prozent vor. Allerdings soll die zweite Erhöhung sieben Monate später erfolgen als in der Metallindustrie und dafür ein höherer Einmalbetrag gezahlt werden. Außerdem soll der Tarifvertrag eine gegenüber der Fläche um zwei Monate längere Laufzeit haben. Die Einmalbeträge von 510 und 122 Euro will VW zahlen. Der Verhandlungsführer der IG Metall, Hartmut Meine,

wies dieses Angebot zurück, da es ein niedrigeres Niveau als der Metallabschluss beinhaltet: „Die VW-Beschäftigten dürfen nicht schlechter gestellt werden als die Beschäftigten bei anderen Autobauern. Deshalb bleibt es bei der Forderung nach 4,2 Prozent für 18 Monate.“ Anschließend betonte VW noch einmal die Wichtigkeit einer Regelung zu einem leistungsorien-

tierten Vergütungsbestandteil. Einzelheiten dazu sollen im Jahr 2010 geregelt werden, der Start der Zahlungen im Jahre 2011 erfolgen. Für die IG Metall ist eine solche Regelung weiterhin nur vorstellbar, wenn es Zahlungen „on top“ zu den heutigen Einkommen gibt.

Bei der Altersteilzeit wies VW auf die erhöhten Kosten hin, die durch den Wegfall der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit anfallen. An diesen erhöhten Kosten sollen die Beschäftigten beteiligt werden.

Fortsetzung auf der Rückseite



	Das fordert die IG Metall:	Das schlägt VW vor:	Kommentar der IG Metall
1. Mehr Entgelt	Mindestens das Ergebnis der Metallindustrie: Für 3 Monate: 510 Euro Einmalbetrag; für 3 Monate: 2,1 Prozent; für 12 Monate weitere 2,1 Prozent; 122 Euro Pauschalbetrag. Laufzeit: 18 Monate.	VW bietet die Übernahme des Metallabschlusses an: 1.8. bis 31.10.2009: 510 Euro Einmalbetrag; ab 1.11.2009: 2,1 Prozent; 28.2.2010: 712 Euro Pauschalbetrag; 1.9.2010: weitere 2,1 Prozent. Laufzeit: 20 Monate , bis 31.3.2011.	Das Angebot ist eine Mogelpackung . Die Laufzeit soll 20 Monate sein anstatt 18 Monaten in der Fläche. Das ergibt ein niedrigeres Gesamteinkommen. Nicht akzeptabel.
2. Alterszeit	Fortführung der Altersteilzeit ab Jahrgang 1955 und jünger: Mit 56 Jahren in die ATZ, mit 59,5 in die Freistellung, mit 63 in die Rente. VW gleicht den Rentenabschlag zur Hälfte aus.	Trotz der erhöhten Kosten soll die Alterszeit fortgeführt werden. Die Beschäftigten sollen jedoch einen Beitrag leisten: Die Kontoführungsgebühr von 15,50 Euro pro Jahr soll entfallen.	Dass die Alterszeit fortgeführt werden soll, ist grundsätzlich in Ordnung . Bei der Finanzierung der ATZ ist vorrangig VW gefordert, denn auch VW hat davon Vorteile .
3. Ausbildungsplätze	Fortführung der Ausbildungsplatzgarantie und Übernahme: 1250 Ausbildungsplätze pro Jahr (einschließlich der Studenten im Praxisverbund).	Ja zur Fortführung der Ausbildungsplatzgarantie für 1250 Azubis, jedoch nur für 2 Jahre . Es bleibt bei Übernahme von 85 % durch VW und 15 % durch Autovision.	1250 Ausbildungsplätze pro Jahr sind okay. Aber warum nur für zwei Jahre ? Die IG Metall fordert eine 100-prozentige Übernahme der Azubis durch VW.
4. Leistungs-differenzierung	Hierzu hat die IG Metall keine Forderung aufgestellt.	VW will ab 2011 eine Leistungs-differenzierung: 2010 soll mit dem BR über Kriterien verhandelt werden. Ein Teil der Vergütungskomponente soll fest gezahlt, ein anderer variabel gestaltet werden. Dafür wird eine Kompensation verlangt.	Die IG Metall verschließt sich nicht dem VW-Vorschlag für eine leistungsbezogene Vergütung. Das geht aber nur, wenn sie zusätzlich zum bisherigen Einkommen gezahlt wird (also „on top“ = oben drauf).

Kommentar

Einen Schlag drauf oder Warnstreiks

Lange hat es gedauert, bis VW endlich ein Angebot auf den Tisch legte. Doch das Paket, das für VW „nur als Gesamtpaket“ gelten soll, hat seine Tücken. Beim Geld gibt es eine Mogelpackung. Ein Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 20 Monaten ist weniger wert als in der Metallindustrie mit 18 Monaten. VW-Beschäftigte dürfen nicht schlechter gestellt werden als in der Fläche.



Hartmut Meine

Bei der Altersteilzeit und den Ausbildungsplätzen gab es bei VW endlich erste Bewegung. Aber das reicht nicht aus. Wir haben den Herren von VW klar gemacht, dass wir uns nicht mehr verschaukeln lassen.

Das Unternehmen hat es in der Hand. Entweder legt VW am 28. einen Schlag drauf, oder aber es wird Warnstreiks geben. Wenn es darauf ankommt, sind die Belegschaften kampfbereit. Das muss VW wissen!

Hartmut Meine, Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall

Fortsetzung von Seite 1:

Tag der Entscheidung: 28. September

Zur Kompensation schlug VW den Verzicht auf die jeweils im Juli fällige Kontoführungsgebühr von 15,50 Euro vor. Laut VW soll der Tarifvertrag Altersteilzeit bis 31. Dezember 2016 gelten. Dabei könne die Altersteilzeit für die Dauer von zwei bis sieben Jahren laufen, ein Beschäftigter könne bereits mit 56 Jahren in die Altersteilzeit und mit 59,5 Jahren in die Freistellung gehen.

Die IG Metall begrüßte die Bereitschaft zur Fortführung der Altersteilzeit, lehnte aber eine Kompensa-

tion ab und verlangte, dass der Tarifvertrag Altersteilzeit zu den bisherigen guten Konditionen so fortgeführt werden müsse – ohne den Beschäftigten neue Lasten aufzubürden.

Beim Thema Ausbildungsgarantie will VW auch weiterhin jedes Jahr 1250 Ausbildungsplätze anbieten, jedoch nur einen Tarifvertrag für zwei Jahre bis Ende 2011 abschließen. Bei der Übernahme wehrte VW die Forderung der IG Metall nach einer 100-prozentigen Übernahme der Ausgelernten durch

VW ab: Angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Situation solle es bei der Quote 85 zu 15 bleiben. Das heißt, 85 Prozent werden von VW und 15 Prozent von den VW-Töchtern übernommen.

Hartmut Meine: „Das Angebot werden wir auf keinen Fall annehmen. Wir erwarten bei der nächsten Verhandlung einen entsprechenden Nachschlag, sonst werden wir die Belegschaften zu Aktionen aufrufen. Der 28. September wird der Tag der Entscheidung.“

Wählen gehen!

Die IG Metall hat sich zur Bundestagswahl am 27. September einer Empfehlung enthalten. Doch sie ruft auf, wählen zu gehen. Denn wer nicht wählt, stützt rechtsextremistische Parteien.

Eine geringe Wahlbeteiligung kann hässliche Folgen haben. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass Wirtsköpfe, Sektierer, rechtsradikale Scharfmacher und andere Extremisten nur eine Chance haben, wenn die Menschen es zulassen. Keine Stimme bedeutet eine Stimme für die Rechtsextremen. Deshalb: Geht alle zur Wahl!



Westerwelle als Kanzler? Ein fiktiver Nachrichten-Beitrag enthüllt, dass Guido Westerwelle mit einer Stimme Mehrheit zum Kanzler gewählt worden ist. Der TV-Spot ist einsehbar über die Homepage der IG Metall: www.igmetall.de

Niedersachsenaufruf gegen Atomkraft

Der von sechs niedersächsischen Gewerkschaftern und Politikern initiierte „Niedersachsenaufruf gegen Atomkraft“ erfährt eine breite Unterstützung. Inzwischen gibt es 65 Erstunterzeichner.

Darunter sind Bernd Osterloh, Konzernbetriebsratsvorsitzender VW, Andreas Blech-

ner (Betriebsratsvorsitzender VW Salzgitter), Uwe Fritsch (Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig), Björn Harmenting (VK-Leiter VW Salzgitter), der DGB-Betriebsratsleiter Hartmut Tölle, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, der grüne Spitzenkandidat Jürgen Trittin, Renate Backhaus vom BUND, Rolf Wernstedt, Landtagspräsident a. D., Prof. Dr. Oskar Negt, der Fußballer und Trainer Dieter Schatzschnei-

der und der Rockmusiker Kai Wingenfelder (Fury in the Slaughterhouse). Die Erstunterzeichner kommen aus den Bereichen Bür-

gerinitiativen, Personal- und Betriebsräte, Politik, Wissenschaft und Künstler. Wer mitmachen will, meldet sich auf der Homepage.

Ja, ICH unterstütze den
NIEDERSACHSENAUFRUF!

Infos auf der Homepage:
www.niedersachsen-gegen-atomkraft.de



Die Initiatoren des Aufrufs sind Hartmut Meine (IG Metall), Siegfried Sauer (ver.di), Garrelt Duin (SPD), Wolfgang Jüttner (SPD), Brigitte Pothmer (Grüne) und Rebecca Harms (Grüne).